

Aarau, 15. April 2020

Medienmitteilung

Es braucht klare Leitlinien und eine rasche Wiederaufnahme des Schulbetriebs Bildungswesen darf wegen Corona-Krise nicht stillstehen

Der nationale «Lockdown» aufgrund des Corona-Virus hat weitgehende Konsequenzen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Die Schulen sind stark gefordert und leisten enorm wertvolle Arbeit. Hinsichtlich des bald zu Ende gehenden Schuljahres stellen sich verschiedene Herausforderungen bei den Abschlussprüfungen und Promotionsregelungen. Die FDP.Die Liberalen Aargau erwartet vom Regierungsrat diesbezüglich die Festlegung klarer Rahmenbedingungen sowie eine gezielte Kommunikation. Die nun skizzierten Massnahmen des Regierungsrats gehen in die richtige Richtung. Dennoch erhoffen sich viele Schulen und Eltern mehr Führung von Seiten des Kantons.

Die Corona-Krise hat im Bildungsbereich eine Situation geschaffen, wie sie die Schweiz und der Kanton Aargau bisher nicht gekannt haben. Die FDP Aargau hat dem Regierungsrat in einem offenen Brief Fragen zu den diesbezüglichen Massnahmen gestellt, welche der Regierungsrat nun beantwortet hat.

Lehrabschluss- und Maturaprüfungen wenn immer möglich durchführen

Zwischenzeitlich wurde auf Bundesebene entschieden, dass keine schulischen Lehrabschlussprüfungen stattfinden. Die FDP Aargau bedauert dies sehr, auch wenn eine gesamtschweizerische Lösung sinnvoll ist. Die FDP fordert, dass die praktischen Prüfungen wenn immer möglich durchgeführt werden. Erfreut nimmt die FDP zur Kenntnis, dass aus Sicht des Regierungsrates die Fach-, Berufs- und gymnasialen Maturaprüfungen in herkömmlicher Art durchzuführen sind. Die FDP erwartet vom zuständigen Departement BKS die hierfür notwendigen Organisations- und Kommunikationsmassnahmen. Die Kantonsschulen sind mit der entsprechenden Umsetzung zu beauftragen.

Klare Regelung der Promotionen erforderlich

Die vom Regierungsrat vorgesehene Promotionsregelung führt zu Unsicherheiten, in der Folge ist mit Beschwerden zu rechnen. Es ist nach wie vor nicht klar, wie ohne Lernziel-Überprüfungen während der Zeit des Fernunterrichts die Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden soll. Ein Mindestmass an Lernziel-Überprüfung ist für die Eruierung des Wissensstandes der Schülerinnen und Schüler unabdingbar. Das Antwortschreiben des Regierungsrats liefert hierzu keine eindeutige Antwort.

Verbindliche Vorgaben

Laut Regierungsrat sind in den FAQ zu den Weisungen des Regierungsrats weitergehende Informationen (etwa zu den Stundentafeln) vorhanden. Dies trifft zu, hat aber vielerorts zu Missverständnissen geführt, da substantielle Informationen nicht an dieser Stelle erwartet wurden. Generell vermisst die FDP Aargau die lenkende Hand des Kantons.

Fernunterricht sicherstellen

Die FDP begrüsst, dass die Schulen viel Entscheidungskompetenz erhalten. Mindestanforderungen und Empfehlungen zu Tools sind vom Departement trotzdem klar zu kommunizieren. Dass beispielsweise in einer Familie mit vier Kindern vier verschiedene Apps heruntergeladen und bedient werden müssen, stellt eine unnötige Überforderung für Eltern dar. Das BKS als kantonales Departement hat dafür zu sorgen, dass der Fernunterricht auch für die Eltern leistbar bleibt.

Weitere Auskünfte:

Lukas Pfisterer, Grossrat, Parteipräsident, Tel. 076 468 49 91
Sabina Freiermuth, Grossrätin, Fraktionspräsidentin, Tel. 079 333 51 78

Beilagen:

- › Schreiben (offener Brief) der FDP.Die Liberalen Aargau an den Regierungsrat vom 3. April 2020
- › Antwort des Regierungsrats vom 9. April 2020